

## Die Herren des Geldes

Wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung muss die Deutsche Bank, Deutschlands größtes privates Geldinstitut, eine Geldbuße von rund 60 Millionen Euro zahlen. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft ermittelte gegen 800 Mitarbeiter der Bank. Ihnen wird vorgeworfen, Kunden die anonyme Kapitalflucht ins Ausland und damit die Steuerhinterziehung ermöglicht zu haben. Beteiligt waren auch ehemalige Vorstandsmitglieder, die diese Praktiken zumindest geduldet haben. Die Bank hat die Geldbuße in Höhe von 59,3 Millionen Euro inzwischen akzeptiert und will nicht gerichtlich dagegen vorgehen.

Die Verantwortungslosigkeit vieler Bankmanager ist nicht neu. Mit kurzfristigem Renditestreben und ihrer Gier nach Macht und Geld sind die Kreditinstitute in die Krise geraten. Viele tausend Beschäftigte wurden und werden entlassen. „Jahrelang herrschte bei den Großbanken ein Bilanzsummen-Denken“, sagt ein Unternehmensberater. „Nur um Geschäft zu machen, haben sie Kredite zu viel zu niedrigen Margen vergeben.“ Die meisten Banken haben sich einen selbstmörderischen Wettbewerb geliefert und sich zudem als reformunfähig erwiesen. Jetzt sind umfangreiche Abschreibungen auf Beteiligungen und Wertpapierbestände erforderlich. Viele Banken haben ein Ertragsproblem, weil große Verluste durch faule Kredite entstehen.

Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, versuchte, das Kreditrisiko der Banken künftig auf die Steuerzahler zu übertragen. Sein Vorschlag an die Bundesregierung: Die Finanzwirtschaft gründet eine Auffanggesellschaft, in die sie faule Kredite ausgliedert. Der Staat soll dann für das Risiko möglicher Zahlungsausfälle haften.

Eigenverantwortung wird von den fürstlich bezahlten Bankmanagern kaum noch verlangt. Die wird dagegen verstärkt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gefordert, zum Beispiel beim Krankengeld, bei der Rente und im Falle der Arbeitslosigkeit.

Persönliche Konsequenzen wegen Fehlleistungen sind bei den Herren des Geldes nicht üblich. Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann kassierte insgesamt 6,9 Millionen Euro Gehalt für das Geschäftsjahr 2002, trotz Massenentlassungen, Kurssturz, Dividendenausfall und Sanierungsprogramme. So viel wie sein Vorgänger Rolf Breuer hat Ackermann allerdings nicht „verdient“. Breuer hatte es für 2001 noch auf acht Millionen Euro gebracht. Außerdem waren für den damals zwölfköpfigen Vorstand insgesamt 56,5 Millionen Euro gezahlt worden.

Trotz Krise und Konjunkturflaute ist die Raffgier der Manager ungebrochen. So sind die Vergütungen für Aufsichtsratsmitglieder zum Teil drastisch erhöht worden. Hilmar Kopper zum Beispiel, Aufsichtsratsvorsitzender der Daimler-Chrysler AG, verbesserte sich von 100.000 Euro auf 225.000 Euro jährlich. Oder Friedel Neuber, langjähriger Chef der West LB bekommt als Oberkontrolleur der RWE in diesem Jahr rund 87 Prozent mehr Vergütung als 2002. Und selbst die größten Pfeifen können noch mit Beförderung rechnen. Da tritt der Vorstandsvorsitzende des weltgrößten Rückversicherers „Münchener Rück“, Hans-Jürgen Schinzler, vorzeitig ab und wird Vorsitzender des Aufsichtsrates mit einer Vergütung von 125.000 Euro im Jahr. Dem Unternehmen geht es schlecht. Schinzler ist verantwortlich für die Misere.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entlassen und zu Einkommensverlusten gezwungen. Aber die verantwortlichen Manager machen sich die Taschen voll und werden befördert! Ein empörender, unglaublicher Skandal! Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat sich dafür ausgesprochen, die Gehälter von Spitzenmanagern zu begrenzen sowie Vorstände und Aufsichtsräte für schwere Fehler haftbar zu machen. Die Forderung mag populistisch sein, weil er nicht die Möglichkeit hat, sie zu verwirklichen. Aber hat man schon mal ähnliches von der amtierenden Bundesregierung gehört?

Franz Kersjes (Mai 2003)